

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 pabr d

Inhalt

Erwin Horn MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, begründet die Ablehnung der Wehrdienstverlängerung durch die SPD: Strukturreform der Bundeswehr unvermeidbar. Seite 1

Hans Büchler MdB, Obmann der SPD-Fraktion im innerdeutschen Ausschuß des Bundestages, kommentiert jüngste Windelen-Äußerungen: Der Minister macht sich lächerlich. Seite 3

Alwin Brück MdB, Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages, rügt die Bonner Verzögerung bei der Herausgabe des Europapasses: Bevölkerung wird desinteressiert. Seite 5

40. Jahrgang / 188

2. Oktober 1985

Strukturreform der Bundeswehr einleiten

Die Verlängerung des Wehrdienstes kann die Probleme nicht lösen und ist abzulehnen

Von Erwin Horn MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Die SPD lehnt die geplante Wehrdienstverlängerung mit allem Nachdruck ab. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist eine Strukturreform der Bundeswehr - allmähliche Verringerung der Präsenz bei gleichzeitiger Verbesserung deren Aufwuchsfähigkeit - langfristig unvermeidbar. Die Bundesregierung darf die ihr unangenehme Entscheidung hierzu nicht durch eine Wehrpflichtverlängerung nach der anderen vor sich herschieben - auf Kosten und auf dem Rücken unserer jungen Bürger, aber auch zu Lasten der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes in den 90er Jahren.

Schon jetzt ist klar: Entweder löst die geplante Wehrpflichtverlängerung das langfristige Personalproblem der Bundeswehr nicht und bleibt Stückwerk oder die Regierung Kohl plant eine Wehrpflichtverlängerung auf Raten und die Entscheidung von heute ist nur die erste Stufe für eine weitere Folgeverlängerung. Das ist in jedem Falle unerträglich.

Die dem Parlament vorliegenden Daten belegen:

1. Die Rüstungsplanung reicht bis zum Ende des Jahrhunderts, die Personalplanung aber nur bis 1995.
2. Trotz Wehrpflichtverlängerung würde allein von 1995 bis 1998 der Personalbestand um 42.000 Soldaten sinken.
3. Trotz aller Absichten der Bundesregierung - stärkere Ausschöpfung der Wehrpflicht, Gewinnung von mehr Längerdienern und nun gar Verlängerung der Wehrpflichtdauer um drei

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
mfl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erweitertes Angebot
mit wertvollen Beilagen
Kreuzwort-Puzzle



Monate -, ja selbst wenn alle diese Maßnahmen hundertprozentig greifen würden, woran ja kein Sachkundiger glaubt, selbst dann unterschreitet nach 1995 der Bestand aller zur Verfügung stehenden Wehrpflichtigen - auch der bis dann noch nicht einberufenen - den Ergänzungsbedarf.

4. Das heißt im Klartext: Die Planung bricht zusammen und es ist nur noch die Frage, ob dies schon 1995 oder „erst“ 1996 geschieht.

Wir Sozialdemokraten sagen nein zu einer Wehrpflichtverlängerung, die nur dazu dienen soll, daß die Bundesregierung sich zwei oder drei Jahre über die Runden mogeln kann. Dabei verhärtet sich bei mir der Verdacht, daß mit dem Fehlen von 42.000 Mann für die Zeit nach 1995 bereits eine zweite Wehrpflichtverlängerung vorprogrammiert werden soll.

Erinnern wir uns: Bundeskanzler Kohl hatte auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Travemünde zuspruchheischend die Fiktion in die Welt gesetzt, die Präsenzstärke der Bundeswehr werde bei 495.000 Soldaten bleiben. Konsequenz schlug Verteidigungsminister Wörner die Warnungen des Generalinspektors der Bundeswehr und seines eigenen Planungsstabchefs in den Wind, realistisch und selbst nach einer Wehrpflichtverlängerung von bestenfalls 400.000 bis 420.000 aktiven Soldaten auszugehen. Damit folgte er der „Absturzlösung“ seines Kanzlers: Die 495.000 Mann-Präsenz der Bundeswehr soll in erster Linie durch Verlängerung der Wehrpflicht möglichst lange gehalten werden.

Statt dessen hat die SPD wiederholt gefordert, das Unvermeidbare schon jetzt anzugehen, eine Umstrukturierung der Bundeswehr in die Wege zu leiten und mit der allmählichen Verringerung der Präsenz zu beginnen. Nur so kann mit der Dienstzeit unserer wehrpflichtigen jungen Bürger sinnvoll umgegangen werden. Nur so entgehen wir einer Entwicklung, daß unsere Bündnispartner die Wehrpflicht immer mehr abbauen oder ganz abschaffen und wir immer größere Wehrdienstzeiten verlangen. Der Schlüssel für sinnvolle Bundeswehrplanung heißt nicht Wehrpflichtverlängerung sondern Strukturreform der Bundeswehr.

Wir Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, unseren Bürgern nicht immer mehr Lasten zuzumuten, sondern endlich die längst überfällige Strukturreform der Bundeswehr einzuleiten.

(-/2.10.1985/vo-ha/rs)

+ + +



Windelen macht sich lächerlich

Ministeräußerung neues Zeichen für wachsende Nervosität im Regierungslager

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im innerdeutschen Ausschuß des Bundestages

Einen Höhepunkt politischer Fehlleistungen hat jetzt der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen erklommen. Mit drohendem Unterton forderte er Honecker in einem Rundfunkinterview auf, die DDR möge der Union mehr Erfolgsmeidungen ermöglichen, sonst nähmen die deutsch-deutschen Beziehungen Schaden.

Man muß sich vor Augen führen, was diese Worte bedeuten: Der für die deutsch-deutschen Beziehungen verantwortliche Minister stellt diese Beziehungen in Frage, weil die Union parteipolitisch nichts davon hat und er fordert Honecker dazu auf, sich gewissermaßen parteipolitisch in der Bundesrepublik zu betätigen. Es ist schon bemerkenswert, wenn die konservative Regierung Wahlkampfhilfe aus der DDR erwartet!

Das Problem der Bundesregierung liegt in Wirklichkeit natürlich ganz woanders, nämlich da, wo sich die Tatsache, daß Deutschlandpolitik auch Friedenspolitik ist, nicht in ihrem praktischen Handeln niederschlägt. Die DDR-Führung nimmt dagegen die Sorgen der Deutschen vor den Gefahren des nuklearen Wettrüstens ernst. Da die SPD dies schon immer getan hat, das heißt den Bereich von Rüstung und Abrüstung für eine zentrale Frage der West-Ost-Beziehungen hält, ergeben sich hier Gesprächsthemen, die der Bundeskanzler seinerzeit, als Honecker kommen wollte, glatt verweigerte.

Windelens Äußerung ist also nicht nur politisch unerhört, weil er der Parteipolitik den Vorrang vor seiner Ministeraufgabe gibt, sie zeigt auch, daß die Bundesregierung nicht in der Lage ist, die deutsch-deutschen Beziehungen richtig einzuschätzen. Der Minister muß diese Äußerung unbedingt zurücknehmen.

Die Initiative für eine chemiewaffenfreie Zone, Willy Brandts DDR-Besuch, neue Gespräche der SPD über die Möglichkeiten einer atomwaffenfreien Zone auf der Grundlage des Berichts der Palme-Kommission - all dies macht deutlich, daß die SPD einen deutschlandpolitischen Vorsprung vor der Union hat. Das wird noch unterstrichen durch die Unterstützung der SPD, die die Bundesregierung erfährt, wenn es um menschliche Erleichterungen geht.

Die Auseinandersetzung zwischen SPD und Regierung kreist immer wieder um den Punkt, daß die friedenspolitischen Möglichkeiten der Deutschlandpolitik ausgelotet und ausgenutzt werden müssen. Das steht schon im Artikel 5 des Grundlagenvertrages.

Die Regierung verwickelt sich dabei in Widersprüche und muß sich an ihre eigenen Zielformulierungen erinnern lassen. Da reden die einen von der Deutschlandpolitik als einem Teil der Entspannung, andere sehen „in der Freiheit den Kern der ‚Deutschen Frage‘“ und wieder andere wollen mit der Parole „Wiedervereinigung“ in den Wahlkampf ziehen, womit die Anschlußkonzeption der 50er Jahre wiederbleibt würde. Der deutsch-nationale oder auch Dregger-Flügel der Union übt seine „Veto-Funktion“ (Hans-Jochen Vogel) beim Thema Volkskammerkontakte aus. Hier findet er offensichtlich einen Hebel, Fortschritte in den deutsch-deutschen Beziehungen zu behindern. So sind SPD und FDP für Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer der DDR, die Union aber strikt dagegen, obwohl sie vorgibt, Kontakte auf allen Ebenen fördern zu wollen.

In der Frage der Elbe-Grenze verspielt die Bundesregierung im Augenblick die Möglichkeit, Teilungsfolgen für die Betroffenen zu mildern und nimmt lieber Maximalpositionen ein, die zu nichts nützlich sind.

In der Staatsbürgerschaftsfrage sind wir dagegen gar nicht so weit auseinander, wie das Getöse der letzten Woche vorspielt. Eine Grundgesetzänderung zieht die SPD nicht in Betracht. Wir meinen allerdings, die Klagen der DDR sind ein Gespräch zur Sache wert, wohingegen die Bundesregierung es ablehnt, überhaupt darüber zu reden. Wer weiterkommen will, muß über alles reden, muß Mißverständnisse ausräumen. Was spricht denn wirklich dagegen, wenn die Bundesregierung zur Staatsbürgerschaftsfrage erklärt, sie respektiere die der DDR und nähme niemanden für die Staatsbürgerschaft des Grundgesetzes in Anspruch, der als DDR-Bürger das nicht will. Wenn das tatsächlich schon Praxis ist, und die Bundesregierung behauptet dies, kann man es auch erklären. Dann wäre das Thema doch wenigstens bis auf weiteres vom Tisch.

Die SPD hat sich seit der Wende in der Deutschlandpolitik konstruktiv verhalten. Wir haben der Regierung Erfolge gegönnt, weil es uns um die Sache geht. Wir haben die Regierung vorher und hinterher über alle unsere Aktivitäten unterrichtet und wir bemühen uns jetzt wieder um eine gemeinsame Entscheidung des Bundestages zur Deutschlandpolitik. Wir halten um der Sache und der Menschen willen den Konsens für wichtig.

Die konstruktive Haltung der Opposition nützt der Sache, um die es geht, jedoch wenig, wenn die Regierung ein derart desolates Bild abgibt. Da wird dem Minister Windeln auch Honecker nicht aushelfen können.

(-/2.10.1985/rs/ks)

+ + +



Warten auf den Europa-Paß

Nach vollmundigen Erklärungen läßt sich die Bundesregierung jetzt viel Zeit

Von Alwin Brück MdB
Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages

Frankreich hat ihn. Luxemburg, Dänemark und Irland haben ihn. Italien hatte ihn bereits 1984. Belgien, die Niederlande und Griechenland sind dabei, ihn noch 1985 einzuführen - den Europa-Paß. Den Reisepaß für ein Europa der Bürger, ein - wenn auch vorerst symbolhafter - Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa mit offenen Grenzen und einem einheitlichen Binnenmarkt.

Die Bundesregierung scheint es entgegen vollmundiger Ankündigungen mit der Einführung des Europa-Passes nicht sonderlich eilig zu haben. Aus dem Bundesinnenministerium ist zu hören, daß die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des Europa-Passes erst noch getroffen werden müssen und daß in der Bundesrepublik vor 1987 mit dem Europa-Paß nicht zu rechnen ist.

Die Verzögerung der Herausgabe des Europa-Passes fügt sich ein in die Veto-, Agrar- und Eureka-Bremspolitik der Bundesregierung der vergangenen Monate.

Es scheint diese Bundesregierung, insbesondere auch den Bundeskanzler, nicht zu interessieren, was er bereits auf dem Fontainebleau-Gipfel im Juni 1984 in einer Schlußfolgerung der Präsidenten versprochen hatte, nämlich „geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit der Europa-Paß den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten spätestens am 1. Januar 1985 zur Verfügung steht“.

Die Europa-Kommission des Deutschen Bundestages, der Abgeordnete des Europäischen Parlaments und des Bundestages aus allen Fraktionen angehören, forderte deshalb im Herbst des vergangenen Jahres in einer Empfehlung die Bundesregierung auf, den Europa-Paß bis zum 1. März 1985 auf jeden Fall einzuführen.



Nichts ist daraufhin geschehen. In diesem Herbst soll erst mal ein neues Paß-Gesetz verabschiedet werden. Die in diesem Gesetzentwurf verabschiedete Maschinenlesbarkeit des Europa-Passes „aus Gründen der inneren Sicherheit“ - so der Parlamentarische Staatssekretär Carl-Dieter Spranger - ist höchst uneuropäisch, weil so die Bundesrepublik nicht zu mehr Gemeinschaft, sondern zu ihrer Isolation beiträgt.

Ein besonderes Kapitel in der Einführung des Europa-Passes ist die Gebührenfrage. Noch im Juli forderte das Europäische Parlament die Mitgliedsstaaten auf, für die Auslieferung des Europa-Passes keine höheren Gebühren zu fordern, als bisher für herkömmliche Pässe verlangt wurden. Doch Herr Spranger läßt sich davon nicht beirren. Auf eine Anfrage in der Fragestunde des Deutschen Bundestages antwortete er mir am 12. September 1985: „Der neue Paßgesetzentwurf sieht langfristig einen Gebührenhöchstsatz von 30 DM vor.“ Bei derzeitigen Reisepaßkosten von zehn DM kann man dieses Gebührenverhalten nicht anders als unredlich und unsozial, aber auch als uneuropäisch bezeichnen.

Gegnerschaft zu einem europäischen Zusammenschluß, zumindest Desinteresse sind die Folgen in weiten Kreisen der Bevölkerung. Ein vereintes Europa aber kann nur mit der Beteiligung und Zustimmung der Bürger erreicht werden. Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag sowie die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament fordern deshalb die Bundesregierung auf, mit der raschen Einführung des Europa-Passes zu den gegenwärtig gültigen Passgebühren von zehn DM ein Europa der Bürger auch in der Bundesrepublik zu fördern. Die Bundesregierung muß mit einer Politik der leeren Worte aufhören und für Europa auch im Sinne der Bürger aktiv werden.

(-/2.10.1985/vo-ha/ks/rs)

+ + +

